

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der unsoziale Reichshaushalt.

### Scharfe Kritik der Sozialdemokraten an Köhlers Finanzpolitik. — Schwache Antwort des Ministers.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt führte in seiner Sitzung vom Mittwoch die allgemeine Aussprache über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands fort. Von den bürgerlichen Parteien kamen zunächst diejenigen zu Wort, die bisher an der Debatte nicht beteiligt waren. Für die Wirtschaftspartei sprach der Abg. Puze, der glaubt, daß die neue Besoldungsordnung ohne neue Steuern nicht durchzuführen sein wird. Um dies zu vermeiden, forderte er, daß die Einführung der neuen Besoldungsordnung abhängig gemacht werde von der Gestaltung des Etats 1928, der in den Ausgaben um mindestens 10 Proz. gegen 1927 herabgemindert werden müsse. Den Ausführungen des Redners der Bayerischen Volkspartei, des Abg. Veicht, sah man mit einer gewissen Spannung entgegen, nicht nur wegen der Person des Redners, sondern wegen seiner Stellung als Führer der Fraktion der Bayerischen Volkspartei, die für die Reichsregierung zur Durchführung ihrer Pläne notwendig ist.

Veicht sprach dem Finanzminister seine Anerkennung dafür aus, daß er nachgewiesen habe, daß die vielfach getadelten großen Ausgaben infolge des Wiederaufbaus durchaus zwangsläufig seien. Die Besetzung durch direkte und indirekte Kriegskosten betrage 3 1/2 Milliarden. Solchen Verhältnissen gegenüber würde auch ein Finanzdiktator versagen, der ausgerechnet von demokratischer Seite verlangt werden sei. Er halte es für gefährlich, dauernde Mehrbelastungen auf die Hoffnung auf weitere günstige Konjunkturen aufzubauen. Bayern brauche nur für sein Land zur Deckung der Beamtenbesoldungserhöhung 58 Millionen Mark im Jahre mehr. Es sei unmöglich, diese aus eigenem zu decken.

#### Genosse Dr. Herx

erklärte unter größter Aufmerksamkeit der zahlreichen Regierungsvertreter, daß er gegen den Optimismus der beiden Minister für die wirtschaftliche Entwicklung zwei Gefahrenquellen sehe: 1. Die Steigerung der Kapitalzufuhr nach Deutschland zeige, daß das frühere große Vertrauen des Auslandes zu Deutschland nicht mehr unerlöschbar sei. Seiner sei die Reichsbank an dieser bedauerlichen Tatsache nicht ganz schuldlos. 2. Die nach fehlender Klarheit, auf welche Weise der Wohnungsbau in Deutschland mindestens in der bisherigen Höhe fortgeführt werden könne.

Die Fortführung des Wohnungsbau sei nicht nur nach der sozialen Seite, sondern auch rein wirtschaftlich unbedingt nötig. Er sei zurzeit ohne ausländische Gelder nicht durchzuführen und es frage sich, ob die Reichsbank ihren bisherigen Widerstand gegen die Verwendung ausländischer Kapitalien für den Wohnungsbau aufgeben wolle.

Nach bezüglich des Etats selbst. Köhne er den Optimismus des Reichsfinanzministers nicht teilen. Der Etat von 1927 sei nur durch ganz außerordentliche Maßnahmen balanciert worden (Uberschüsse aus dem Vorjahr, Münzgewinne, Betriebsmittelfonds usw.). Solche außerordentlichen Mittel ständen für den Etat für 1928 in keiner Weise mehr zur Verfügung. Es komme hinzu, daß Jahr für Jahr die etatsmäßigen Schätzungen des Finanzministeriums bei den Massensteuern sich als zu ungünstig, bei den Besitzsteuern als zu günstig erwiesen habe. Noch gefährlicher als die Einnahmenseite des kommenden Etats sei die Ausgaben Seite. Oder habe der Finanzminister nunmehr wirklich die Absicht, die schönen Worte, die er bei der Einführung des Etats 1927 bezüglich der Einschränkung des Heeresetats gesprochen habe, im Etat 1928 wahr werden zu lassen. Er könne auch dem Finanzminister nicht folgen bezüglich der

#### Kosten des Schulgesetzes

Die einfach mit einer Handbewegung beiseite geschoben werden, da sie erst in einigen Jahren in Erscheinung treten würde. Macht man solche einschneidenden Gesetze, so habe der Finanzminister jetzt schon die Pflicht, sich über die künftige Deckung klar zu werden. Am obersten Priorität werden der außerordentliche Etat für 1928 werden. Trotz allem glaube er nicht, daß die Etatslage für 1928 hoffnungslos werden würde, aber es sei doch

ein gefährliches Beginnen, die Ubergangsjahre 1927 und 1928 sich leichter zu machen als sie sind.

Die Rettung bestehe darin, daß wir in der Lage seien, durch Steuern noch einen weit größeren Bedarf zu decken. Die Kosten, die bei uns das Vermögen und die großen Einkommen zu fragen haben, seien nicht höher, sondern niedriger als vielfach im Ausland. Kein Land der Welt aber habe seine breiten Massen so stark besteuert wie Deutschland.

Eine andere Verteilung der Steuerlasten sei in Deutschland möglich und notwendig. Auch bei der Besteuerung des Braunkohles sei die Reichsregierung von einer Unfähigkeit, die im In- und Auslande größtes Bestreben erzeuge. Durch schärferes Vorgehen hier könnten die Steuern auf anderen Gebieten sogar noch nachgelassen werden. Warum werde dieses Problem nicht endlich fest angepackt. Auch durch andere bestehende Steuererlasse sei trotz aller Gesetzeshandlung ein zureichendes Erfassen der betreffenden Steuerquellen noch nicht gewährleistet. Auch hier könnten größere Erträge herausgewirtschaftet werden.

#### Das Verlangen nach einem Finanzdiktator sei ungeheuerlich.

Wenn man hoshalt wäre, sollte man den Vorschlag annehmen. Nach drei Wochen würde er sich als unmöglich erwiesen haben. Fast noch leichtfertiger und oberflächlicher als die Denkschrift des Hansabundes sei die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Da sie von keinem Abgeordneten bisher aufgenommen sei, wolle er des näheren nicht auf sie eingehen.

#### Die ungünstige Lage der Gemeinden

verdiene die ernsteste Beachtung des Reichstags. Die jüngste Tagung des Städtetages in Magdeburg wäre um deswillen so bedeutungsvoll, weil sie den immer stärker werdenden Gegensatz, in dem die Gemeinden zu den Ländern stehen, aufgezeigt haben. Dieser Gegensatz sei die natürliche Grundlegung der Reichsregierung seit 1921. Die Grundgedanken des Steuervereinfachungsgesetzes stamme

die Sozialdemokratische Partei durchaus zu. Aber er warne schon jetzt mit dem größten Nachdruck die beteiligten Kreise, die politischen Ziele, die man mit dieser Vereinfachung gleichzeitig betreiben wolle, fallen zu lassen. Die Sozialdemokratische Partei werde wissen, jeder Durchlöcherung des Wahlrechts mit der äußersten Schärfe entgegenzutreten und sie zu verhindern.

Nach Ausführungen des Abg. Dr. Fischer (Dem.) ergreift der Reichsfinanzminister Dr. Köhler

nachmals das Wort. Die Kritik, die ihn als zu optimistisch bezeichnet habe, sei abwegig. Er sei nicht optimistisch, sondern wahrheitsliebend. Die Zahlen über die voraussichtlichen Steuerergebnisse seien auf das sorgfältigste geprüft. Für die Anfrage des Abg. Dr. Herx über eine bereits beschlossene Zinsverbilligung für die Landwirtschaft, die eine Mehrlast von 270 Millionen Mark bringen solle, könne er nur sagen, daß Besprechungen über eine Entschuldungsaktion für die Landwirtschaft stattgefunden haben, aber bisher keine Beschlüsse gefaßt worden sind. Selbstverständlich würde das Parlament Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Zu den weiteren Fragen des Abg. Dr. Herx könne er erklären, daß der Gesetzentwurf über die Nacherhebung der Vermögenssteuer dem Reichstag vorgelegt werde, ebenso das Gesetz zur Ausführung der lex Brüning bei der Lohnsteuer. Bezüglich der Vermögenszuwachssteuer sei die Reichsregierung durch Gesetzesbestimmungen gebunden, so daß der Reichstag zu allen drei Vorlagen zusammen Stellung nehmen könne. Die Steuererlöse, die am 1. April 1927 610 Millionen betragen haben, sind am 1. Juli 1927 auf 550 Millionen zurückgegangen, von denen die Hälfte gestundet, die übrige Hälfte einfach nicht gezahlt wurde. Die Höhe der Rückstände am 1. Oktober ist bisher noch nicht bekannt. Die Denkschrift des Hansabundes sei wegen ihrer falschen Zahlen und irreführenden Darstellung eine schwere Schädigung des deutschen Vaterlandes.

Man dürfe die öffentliche Wirtschaft nicht als verkommenen und vor dem Zusammenbruch stehend hinstellen.

wie das die Denkschrift tue. Bezüglich des Kriegsschadensgesetzes werde die Regierung neue Wege der Finanzierung suchen.

Damit ist die allgemeine Aussprache über die Finanz- und Wirtschaftslage geschlossen.

## Vormarsch in England.

### Gemeindewahltag der Arbeiterpartei.

London, 2. November. (Eigenbericht.)

Die Stadtverordnetenwahlen in den Provinzorten zeigen einen erheblichen Zuwachs für die Arbeiterpartei. Die Gesamtergebnisse liegen noch längst nicht vor, jedoch hat die Arbeiterpartei bereits jetzt 116 Sitze gewonnen und nur 19 verloren. Die Konservativen haben bis jetzt nur 7 Gewinne neben 50 Verlusten.

Die Wahlen fanden in 330 Gemeinden Englands statt. Die bisherigen Sitze verteilen sich wie folgt: Konservativ 330, Liberale 130, Arbeiterpartei 184, Parteilose 104.

Swansea und Barasleg haben zum erstenmal Arbeitermehrheiten erhalten. Alle vorhandenen Mehrheiten sind ausrechterhalten worden. In Sheffield und Westham haben sie sich erheblich vergrößert. In Glasgow gingen 5 Sitze verloren infolge innerer Kämpfe, die zur Aufstellung nichtoffizieller Kandidaten geführt hatten. Im ganzen sind selbst optimistische Erwartungen übertroffen worden.

Gemeindewahlen können in England nicht in dem Grade als Stimmungsmesser wie in Deutschland gelten, da sie mehr um kommunale Angelegenheiten ausgefaßt werden. Jedoch zeigen schon die bisherigen Ergebnisse deutlich die gegen die Regierung Baldwin gerichtete Tendenz der Wählerschaft.

## Regierungsrat unter Landesverratsverdacht

### Eine dunkle Geschichte aus Hessen.

Darmstadt, 2. November. (BVB.)

Regierungsrat Fuchs, Beamter im hessischen Ministerium des Innern, wurde unter dem Verdachte des Landesverrats seines Amtes enthoben. Der Anschuldbildung liegt der Tatbestand zugrunde, daß man bei der Festnahme einer Frau in Mainz, die mit Franzosen in intimen Beziehungen stand, wichtige Akten fand, die nach der Angabe der Verhafteten von Regierungsrat Fuchs stammten. Fuchs war früher Bürgermeister in dem Mainzer Vorort Sosenheim, später Kreiswohlfahrtsinspektor und hatte zuletzt im Ministerium des Innern das Referat für Polizeiwesen. Der Fall erregt in ganz Hessen großes Aufsehen.

## Heydebrand unter Mordanklage

### Der Tod der Frau eines Regierungsrats.

Vor dem Breslauer Schwurgericht hat heute die Verhandlung gegen den Regierungsrat von Heydebrand und der Frau begonnen, der beschuldigt ist, seine Frau vorsätzlich getötet zu haben. Der oblige Regierungsrat befindet sich trotz der Schwere der Anklage immer noch auf freiem Fuß.

Ausführlichen Bericht über die Verhandlung geben wir an anderer Stelle dieses Blattes.

## Der Wiener Parteitag.

### Oesterreichs Problematik: Zwischen Bürgerkrieg und Koalition.

Die Auseinandersetzungen des Wiener Parteitags galten einem Problem, das für alle sozialdemokratischen Parteien existiert, aber in jedem Lande seine besondere Form hat, dem Problem der Koalitionspolitik. So war vieles, was in Wien gesprochen wurde, allgemein sozialdemokratisch, vieles auch nur aus der Kenntnis der besonderen Verhältnisse Oesterreichs verständlich. Wie immer aber man zu den Reinigungskämpfen unserer österreichischen Genossen sich stellen mag: eines bleibt an ihnen vorbildlich für alle. Das ist der Geist, in dem sie geführt wurden. Wer lernen will, wie man auf höchstem geistigen Niveau polemisieren kann, ohne zu verleihen, wie man sachliche Meinungsverschiedenheiten austrägt, ohne sie aufs persönliche Gebiet zu übertragen, ohne die große Kameradschaftlichkeit zu gefährden, die die Seele der organisatorischen Einheit ist, dem sei das Studium des Wiener Parteitagsprotokolls dringend ans Herz gelegt.

Anstoß zu den Auseinandersetzungen hatte eine Versammlungsrede des Genossen Renner gegeben, in der dieser — zunächst zur allgemeinen Ueberraschung — die Bereitschaft der Partei ausgesprochen hatte, in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einzutreten, falls auf der anderen Seite die Bereitschaft vorhanden wäre, gerechtfertigte Forderungen der Arbeiter anzunehmen.

Renners Aufforderung wurde von Seipel und seinem Anhang schände abgelehnt, sie begegnete aber auch in der Partei starkem Widerspruch. Von dieser ersten Wirkung wird ein so erfahrener Politiker wie Renner kaum überrascht gewesen sein. Die eigentlichen Absichten, die er mit seinem Vorstoß verfolgte, wurden erst durch die Debatte auf dem Parteitag vollständig klar.

Die tragischen Ereignisse des 15. Juli — die spontane Demonstration gegen das Schattendorfer Urteil, der Brand des Justizpalastes, die von der Polizei veranstaltete Meuterei — haben die innere Entwicklung Oesterreichs in eine gefährliche Richtung gelenkt. Sie haben auf der einen Seite die Stimmung der Arbeiterchaft aufs äußerste gereizt, auf der anderen die Reizung des Bürgertums, durch falsche Methoden seine Herrschaft zu festigen, bedenklich gestärkt. So bestand die Gefahr, daß die Arbeiterchaft eines Tages durch eine neue Explosion aus der Bahn friedlicher demokratischer Machteroberung hinausgeschleudert und auf ein Gebiet gedrängt wurde, auf dem sie mit fürchterlichen Opfern und mit geringerer Aussicht auf Erfolg zu kämpfen gezwungen war. Gegen diese Gefahr wählte Renner das stärkste Gegengift, indem er sich nicht nur für die demokratischen Methoden im allgemeinen aussprach, sondern auch für ihre — nicht immer populären — Konsequenzen, nämlich für die Bereitschaft, mit bürgerlichen Parteien gemeinsam die Mehrheit zu bilden und die Regierung zu übernehmen.

Otto Bauer hat in meisterhafter Rede unter wiederholten Beifallsstürmen des Parteitags dargelegt, daß und warum eine Koalition für den Augenblick eine psychologische Unmöglichkeit sei. Grundtätlich hat er die Koalitionspolitik nicht abgelehnt. Hat doch die österreichische Partei in der Zeit des ersten Wiederaufbaus nach dem Zusammenbruch Koalitionspolitik getrieben. Mit welchem Erfolg, sagt Genosse Bauer selbst: „Ja, Genossen, wir wollen nicht vergessen, was wir der Koalitionspolitik von damals verdanken, die Festigung der Republik und die Demokratisierung der Gemeinden, Achtsundentag, Arbeitsurlaub, Betriebsräte, Personalvertretungen, Arbeitslosenversicherung, Angestelltenlegen und Schulreform.“ Aber Bauer unterscheidet verschiedene Formen der Koalition und verschiedene Situationen, in denen Koalitionspolitik je nachdem möglich oder unmöglich ist. Er verwirft die Koalition einer machtlosen Arbeiterklasse mit einem übermächtigen und übermütigen Bürgertum als „eine Kapitulation der Sozialdemokratie vor der Bourgeoisie und als eine Kompromittierung der Sozialdemokratie vor dem Proletariat.“ In einer solchen Art von Koalitionspolitik erblickt er eine Sünde an der Seele des Sozialismus, eine Gefahr für den Geist des „revolutionären Enthusiasmus“, dessen die Partei bedarf, wenn sie ihre großen Ziele erreichen will. Darum ist er doch weit davon entfernt, diesen Geist des revolutionären Enthusiasmus wälten lassen zu wollen, ohne ihm die Zügel der Vernunft anzulegen. Ein Interesse daran, neue gewalttätige Zusammenstöße zu provozieren, hat niemand als der Faschismus. Darum „keine Demonstrationen, die zu gewalttätigen Zusammenstößen führen könnten, ohne ausdrücklichen Beschluß der Gesamtheit, kein Streik in lebensnotwendigen Betrieben ohne Einverständnis der gewerkschaftlichen Gesamtorganisationen.“ So ist auch Otto Bauer weit davon entfernt, alles zu entschuldigen oder gar zu verherrlichen, was am 15. Juli geschehen ist.

Ein Versuch einer solchen allgemeinen Verherrlichung, der in der Debatte vom Genossen Max Adler unternommen wurde, stieß auf den allgemeinen Widerspruch des Parteitags.

Bauer fand in Renner einen ebenbürtigen Gegner. Das Wort Segner ist freilich vielleicht schon etwas zu scharf. Denn der Gedankengang Renners ist von dem Otto Bauers weniger durch seine Grundfalschheit verschieden als durch die Reihenfolge und die Betonung. Bauer sieht die größere Gefahr im Erlahmen des revolutionären Enthusiasmus,

Renner sieht sie in der beiderseitigen Aufrüstung zum Bürgerkrieg, den Bauer genau so wie er verabscheut und zu verhindern bestrebt ist. Er feiert die wirkliche Resolution, die sich durch das scheinbar profanisch-nüchterne Handeln der Partei vollzieht, durch konkrete schöpferische Taten auf dem Gebiet der Verwaltung. Er unterstreicht, daß die österreichische Koalition von 1918 bis 1920 „ein Glück“ gewesen ist. Kein Glück sieht er in einem Zweiparteiensystem, das auf eine Unterdrückung der einen Partei durch die andere hinausläuft und darum will er die im österreichischen Bürgerblock vereinigten Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbündler nicht zusammenreihen, vielmehr diesen Block aufzulösen versuchen durch die Betonung der sozialdemokratischen Koalitionsbereitschaft. Wägen dann die anderen Nein sagen, wenn sie wollen und dadurch für die Folgen vor dem Volk die Verantwortung übernehmen.

Durch die Art, wie die beiden Reden aufgenommen wurden — beide wurden mit stürmischem Beifall ausgezeichnet — durch die Debatte, die nach ihnen geführt wurde, schließlich durch die einstimmige Annahme einer zwischen beiden „Richtungen“ vereinbarten Resolution hat der Parteitag gezeigt, daß er die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bauer und Renner keineswegs als unüberbrückbare Gegensätze betrachtet. Die Annahme der Resolution bedeutet für keinen der beiden Teile eine Unterwerfung, vielmehr können beide mit ihr zufrieden sein. Sie ist eine scharfe Kampfansage an die Regierung Seipel und sie stellt zur gleichen Zeit fest, daß es nicht die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie sondern vielmehr die Bürgerblockpolitik Seipels ist, die jede Koalitionspolitik unter den gegebenen Umständen verhindert. Sie erklärt sich gegen Bürgerkrieg und Diktatur, für das Bündnis des Arbeiters und Bauern auf dem Boden der Demokratie. Sie wiederholt den von Otto Bauer proklamierten Grundsatz „Keine Demonstration ohne Beschluß der Gesamtheit! Keine Streiks in lebenswichtigen Betrieben ohne Zustimmung der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation!“ und erhebt ihn damit zum Parteigesetz.

Das Ergebnis des Parteitags bedeutet für die Apostel der Gewalt von rechts und links eine starke Enttäuschung. Der Kommunismus ist bekanntlich in Oesterreich außerordentlich schwach, immerhin gibt es auch dort Leute, die meinen, wenn erst einmal eine Feder gelöst sei, müsse die große gewalttätige Auseinandersetzung abgemurrt wie ein aufgezogener Mechanismus. Solche Festdruff-Strategen der Innenpolitik sind jedoch viel häufiger auf der Rechten als auf der Linken anzutreffen. Das gilt allgemein, aber für Oesterreich noch ganz besonders. Für die Scharmacher um Seipel bedeutet der Verlauf des Wiener Parteitags sicherlich einen starken Verdruss.

Für die österreichische Sozialdemokratie und mit ihr für die sozialistische Arbeiterinternationale bedeutet dagegen das Ergebnis des Parteitags einen erheblichen Gewinn. Alle Parteien der Internationale, die den Vorteil genießen, in demokratisch regierten Ländern zu arbeiten, müssen auch die Schattenseiten dieses Regierungssystems mit in Kauf nehmen und sich mit den neuen Problemen auseinandersetzen, die es für die Arbeiterklasse mit sich gebracht hat. Daß die Grundrichtung, in der die Lösung gesucht werden muß, schließlich trotz aller Verschiedenheiten der Zeit und des Raums überall die selbe ist, hat der Parteitag von neuem gezeigt. Es war ein Parteitag der Selbstbestimmung, der Selbstkritik und der Selbstdisziplin. Eine Partei, die einen solchen Grad intellektueller und moralischer Kraft beweist, wird ihren Weg machen, komme was da will.

Ein neues Balkanentail ist in der mazedonischen Stadt Skopje zerbrüt worden. Ritten auf der Brücke fielen abends 10 Uhr fünf Menschen tödlich. Als die Polizei erschien, sah sie den Mazedonier Michail Michailoff und dessen Sohn erschossen vor. Michail Michailoff ist der Vater des mazedonischen Revolutionärs Vance Michailoff.

## Das Schulgesetz als Koalitionsakt.

Reudell für rasche Verabschiedung.

In einer Rede vor reaktionären Studenten über das Schulgesetz erklärte der Reichsinnenminister v. Reudell, es wäre nicht gut, wenn das Reichsschulgesetz in der Wahlkampf säme, da eine vielleicht kulturkämpferische Situation zu einer Entfremdung zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei führen könnte, was außerordentlich zu bedauern wäre. Er glaube aber an ein Zustandekommen des Gesetzes.

Deutlicher kann nicht gut gesagt werden, daß es den deutschnationalen Ministern weniger um die Schule und um das Christentum, als um die Aufrechterhaltung des Rechtsblocks geht, wenn die Schuloorlage jetzt durchgepeitscht werden soll. Das reine Parteilinteresse, verstärkt durch das Interesse des Reiches an der Rechtsregierung wird über den Wunsch nach einer einwandfreien Regelung des Schulwesens gestellt!

Somit pflegte die deutschnationale Agitation die breite Öffentlichkeit mit den üblichen Phrasen von der heroischen und unparteilichen Arbeit ihrer Minister zu überschütten. Reudell selbst, der Urheber des Schulgesetzes, hat diese These für seine Person und für die Schuloorlage preisgegeben. Ihm und seiner Partei ist das Gesetz nur Mittel für den Rechtsblock.

## Schulgesetz und Verfassung.

Debatte im Bildungsausschuß.

Im Bildungsausschuß des Reichstags wurde heute die Beratung des Reichsschulgesetzes fortgesetzt. Abg. Fleißner (Soz.) stellte fest, daß der deutschnationale Abgeordnete Philipp die schulpflichtigen Schulverhältnisse ganz falsch dargestellt hat. Fleißner stellte dann fest, daß nach Art. 1 des Art. 146 der Reichsverfassung die Gemeinschaftsschule die Regelschule bilden solle. Das werde von der Vorlage nicht berücksichtigt. Die Sozialdemokratie verlange, daß die Verfassungsbestimmungen verwirklicht werden. Die Regierung müsse endlich eine klare Auskunft in der Kostenfrage geben.

Abg. Rheinländer (Z.) behauptet, daß das Zentrum zur Verfassung und insbesondere zu dem Artikel 146 Art. II so stehe, wie es der Wortlaut verlange. Er fragt den Abg. Heinrich Schulz, ob die Vertreter des Zentrums beim Abschluß des Kompromisses der Gemeinschaftsschule als Regelschule in der Form zugestimmt hätten, daß die Gemeinschaftsschule gegenüber allen anderen Schulen eine Vorzugsstellung erhalten sollte. Das Zentrum wende sich gegen jede Vorzugsstellung einer Schulart.

Der Vertreter Heßens gibt eine scharf ablehnende Erklärung gegen den Entwurf ab, der verfassungswidrig sei. Nach der Verfassung sei die Gemeinschaftsschule die Regelschule. Die Definition des geordneten Schulbetriebs müsse den Ländern überlassen bleiben. Die heßische Regierung lehne die in dem Entwurf vorzugesetzten Bestimmungen über die geistliche Schulaufsicht und die Erteilung des Religionsunterrichts ab. Im übrigen verlange Heßens als Simultanland die Anwendung der Schulbestimmungen des Art. 174.

Abg. Schmeißer (Komm.) wendet sich gleichfalls gegen die geistliche Schulaufsicht und die Erteilung des Religionsunterrichts. Die entsprechenden Bestimmungen des Entwurfs deckten sich wörtlich mit denen des bayerischen Kontordats. — Die Beratung geht weiter.

## Harden und Wilhelm.

Ein Depeschenwechsel.

Man schreibt uns:

Es war am 16. Oktober 1918, als Harden seine Stunde für gekommen erachtete, um als „Kaiser des Vaterlandes“ aufzutreten. So telegraphierte er an Wilhelm II., den er Zeit seines Lebens bekämpft hatte, direkt und persönlich, daß „Gewissenspflicht die Bitte erzwinge“, ihn möglichst bald zu empfangen; „weil jede Stunde jetzt Schicksal ist, schmeiß ich weder Ablehnung noch Schein der Würdigung ab und besetze den Hofbeamten, der diese Bitte verschweigt, mit der Verantwortlichkeit.“

Auf diese Depesche erhielt Harden auf amtlichem Wege die kühle Antwort, daß der Kaiser seine Depesche zwar empfangen habe, sich aber bis auf weiteres außer Stande sehe, ihm eine Audienz

zu gewähren. Zugleich wurde ihm mitgeteilt, daß der Kaiser den Kabinettschef beauftragt habe, „ihre Mitteilungen behufs Uebermittlung an S. M. entgegenzunehmen“. Zugleich wurde er ersucht, Zeit und Stunde des Besuchs telegraphisch mitzuteilen.

Eine Besprechung mit dem kaiserlichen Kabinettschef aber entsprach den Wünschen Hardens nicht, und so unterließ seine Reise in das kaiserliche Hauptquartier.

Die Welt ist damit um eine dramatische Szene gekommen, die selbst in jener ersten Zeit heiterer Interesse erweckt hätte, nämlich das Zusammentreffen zweier politischer Schauspieler, die so weisensverwandt und deshalb so gegensätzlich waren.

## Von Standeschre und ihren Richtern.

Ein Beitrag zu den bevorstehenden Ärztekammertwahlen.

Dr. Schmucler-Vogel stellt uns die folgende kleine Geschichte zur Verfügung, die nicht nur für Ärzte von Interesse sein dürfte:

Vor einiger Zeit schwebte beim Ehrengericht der Breslauer Ärztekammer ein Verfahren gegen einen Arzt. An dem Verfahren war ich persönlich stark interessiert. Nach dreiwertel Jahren erkundigte ich mich höflich nach dem Stand der Angelegenheit. — Sie schwebt. Nach 1 1/2 Jahren frage ich etwas energischer an und erlaube mir zu bemerken, daß durch solche Arbeitsmethode das Vertrauen zu derartigen Standesgerichten nicht gerade gefördert würde. Was erfolgt? Ich bekomme nun nicht etwa Bescheid, nein, das nicht, aber gegen mich wird ein Verfahren wegen standesunwürdigen Verhaltens eröffnet. Nun höre ich wieder ein halbes Jahr nichts, bis mir eines schönen Tages mitgeteilt wird, ich bin verurteilt: Der Beweis ist 100 R. Geldstrafe. Beschwerde beim Ehrengerichtshof Berlin. Verhandlung hinter verschlossenen Türen. Ich sehe und höre nichts. Vierzehn Tage später Urteil: Der Beweis bleibt bestehen, die 100 R. Geldstrafe werden gnädigst erlassen, dafür darf ich aber die Kosten des Verfahrens tragen. Und so etwas gibt's noch in einer Republik des 20. Jahrhunderts.

Ist es schon ungewöhnlich, daß solche Ehrengerichtsverfahren durchgeführt werden, ohne den Beklagten überhaupt anzuhören, so bleibt es ganz unverständlich, daß man den unschuldig Beklagten zur Tragung der Kosten verurteilt. Dem unschuldig Gedächten wird so noch ein Geldopfer auferlegt dafür, daß er die ungerechtfertigte gesellschaftliche Achtung abgewehrt hat.

Bei den bevorstehenden Ärztekammertwahlen haben die Gegner derartiger unwürdiger Ueberspannung des Standesbegriffes die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß solche Mißgriffe endlich aufhören.

## Kurioses aus Oldenburg.

Die Kandidatenlisten zur Stadtratswahl.

Am Sonntag finden in den Städten und Stadtgemeinden des Freistaates Oldenburg die Stadtratswahlen statt. In der Stadt Oldenburg mit ihren 50 000 Einwohnern sind nicht weniger als sieben Listen aufgestellt, darunter eine der „Hitler-Bewegung“ und eine, die sich „Steuergahlerichung“ nennt. Auch in den übrigen Gemeinden haben fast überall kleine und kleine Spaltparteien Sonderlisten aufgestellt. Es gibt da u. a. eine Liste der „Reuhinzugezogenen“.

## Tscheka-Spißkelei.

Der Prozeß gegen den ehemaligen Gesandten Birk.

Revol. 2. November.

Im Prozeß gegen den früheren sibirischen Moskauer-Gesandten Birk machte der Angeklagte, als er über die Umstände ausfragte, unter denen er in die Hände der Moskauer GPK gelangte, sensationelle Enthüllungen. Besonders Auffsehen erregte dabei ein Brief des GPK-Adspizels Oppexput, der Birk's Darstellung bestätigte und Birk zum Teil entlastete. Die Bekannte Birk's, Julie Kora, die als einzige Birk begleitete durfte, wird auch als Agentin der GPK bezeichnet. Die Birk'schen Enthüllungen in der Moskauer „Sowjetija“ will Birk nach Diktat des russischen Kommissars für auswärtige Angelegenheiten geschrieben haben.

## Mary Wigman.

(Bach-Saal.)

Mit „Hellen Schwingungen“ begann der Abend. „Im großen Schwung“, „Zart fließend“, „Leicht spielend“ heißen die drei Tänze der Suite. Thematik, die dem Programm der Wigman sonst fernstehen. Also eine Erweiterung, eine neue Note? Ja und nein. Reiches Auffschwingen, Fließen, Wirbeln, Gekletten im ersten; wippendes Anbeugen, flatterndes Spiel der Hände im zweiten; lächelnde Arabesken und Ornamente im dritten Tanz suchen natürliche monumentale Wucht und Schwere zu überwindern und zu überwinden. Ein Triumph der Technik und starken künstlerischen Willens, der dem Tanz der Wigman eigenartige, neue Reize schafft. Aber die Natur bleibt bestehen: Durch alles Spielerei der Augenblicksstimmung bricht immer wieder das ernste Pathos, die herrliche Kraft der Heroine durch, die die Wigman im Grande ihres Wesens ist. Auch über ihrem heiteren Lächeln lagert eine Wolke tragischer Schwermut.

Dann drei „Visionen“. Ein Maskentanz, Zartes, langsames Auf und Nieder der Arm- und Kopfbewegung. Kurzes, leichtes Klappen in den Gelenken. Schweben, Gleiten über den Boden. Schaukeln uns ein in Nirwanostimmung. Gibt einen Begriff vom Zauber des indischen Kosch. Die „Traumgestalt“: ein Traum vom Fliegen. Schnellichtiges Auffschwingen. Gefühl überirdischer Beilichtheit. Aber immer wieder ein halbes Erwachen. Ernüchternd, ermüdend. Resignation. Nachwandeln über Höhen und Tiefen festlicher Gesänge. Die dritte Vision, ein „Hegenanz“ in mongolischer Kostüme. Als Sphanz beginnend. Regungslos, gespenstisch. Gleitend, kriechend, immer näher und näher. In wilden, gröttesten Sprüngen über die Bühne rasend. Jäh zusammenbrechend. Spatgebilde primitiver Phantasie haben Gestalt bekommen. Angstträume der Kindheit werden wach. Grauen schüttelt uns. Eine Gespenstererscheinung in hellem Licht und buntesten Farben. Rührt an die Grenzen des Wahnsinns.

Zum Schluß vier „Phantasien“ über Gesänge und Tänze aus dem Balkan. Melancholische Lieder. Demütig beugen sich Knie. Müde sinken Hände wie wellende Blätter. Verlängertes Aufstreben, in leisen, zögernden Wünsken. Monotone Rhythmen. Plötzlich aufgepeitscht zu ekstatischem Wirbel. Eine Wahnseele jagt über das Podium. Stampfendes Aufstumpfen in echt Wigmanschem Furor. Und wieder ein Verhalten der Bewegung. Sinken. Zusammenfallen.

Die Eindrücke dieses wahrhaft großen Abends klingen und schwingen in unseren Seelen nach. Aber wer vermag sie in Worte zu fassen? Oder wer möchte, an Kleinigkeiten kritisch mäkelnd, lebendig Gewachsenes legeren und analysieren? Wo fast übermenschliche Gestaltungskraft der besten Sockelkünstlerin uns überwältigt. Zeigen wir uns vor dem Genie und preisen wir uns glücklich, daß uns dieses Erlebnis ward, um das uns spätere Geschlechter beneiden werden. John Schifowstl.

## Sternheims erste Spießerkomödie.

(Theater am Kurfürstendamm.)

„Die Hofe“, das bürgerliche Lustspiel, mit dem Karl Sternheim vor 16 Jahren Aufsehen und mehr noch Kopfschütteln erregt hat, ist die erste einer Reihe von Komödien, in denen er nüchtern und sachlich eine Gattung Mensch zeichnet, die sich überall in deutschen Landen findet: den bürgerlichen Spießer. Der Autor zerrt den Typus des Durchschnittsbürgers und sein Milieu ans Licht der Lampe, eine newartige Lat, da vor ihm niemand im alltäglichen nüchternen Lebenslauf des Bürgers etwas Dramatisches gesehen hat. Karl Sternheim rührt im Bürger der fanatische Wille, mehr zu sein als eine unbeachtete Nummer, sein Milieu zu überwinden und in ein höheres aufzusteigen. Er ist von dem Glanz der höheren Sphäre geblendet und darauf verfaßt, sich ein eigenes Ziel zu setzen, das ihn über die Kräfte seiner Umgebung hinaushebt. Fast heftig blüht sich der Bürger auf. Endlich plagt die Biase der Großmannsucht: der Bürger hat sein Spießertum nicht überwunden, er hat nur weitere Kreise gigantisch verpfeht. „Die Hofe“ behandelt den noch bestehenden Aufstieg eines Prototyps der bürgerlichen Welt. Der kleine Beamte Theobald Wasse, der Ahnherr einer von Sternheim vom Aufstieg bis zum schließlichen Ende gezeichneten Generation, wird aus dem Gleichgewicht seines regelmäßigen Lebensablaufs durch eine blamable Situation gebracht, in die seine Frau geraten ist. Sie hat, im Spalier bei einem Fürstendenkmal stehend, ihre Hofe verloren und ist dadurch in den Mittelpunkt einer delikaten Sensation gerückt. Ihre unfehlbar enthaltene Reize machen die vorher Unbeachtete auf einmal begehr. Man reißt sich um die möblierten Zimmer, die das Ehepaar Wasse zu vermieten hat. Theobald fürchtet nicht einen Augenblick für die gefährdete Tugend seiner Frau; mit konsequenter Strebartum zieht er aus der zufälligen Konjunktur seine Vorteile.

So sensationell Sternheims in explosivem Deutsch geschriebene Komödien auch sonst wirken, in der „Hofe“ hat ihm die moderne Frauenmode einen Streich gespielt. Sie enthüllt heutzutage mehr weibliche Reize als ein delikater Unglücksfall vor zwanzig Jahren. Damit kommt in das Lustspiel etwas Unglaubliches, das manche Szenen mit Langeweile bedroht.

„Die Hofe“ wirkt in ihrem Humor und in ihrer Nachdenklichkeit trotz einer teilweise auf indiskutablen Niveau stehenden Darstellung. Ralph Arthur Robert spielt die Hauptrolle und führt Regie, eine neuerdings zwar sehr beliebte, aber technisch unbefriedigende Erweiterung des schauspielerischen Aufgabenspektrums. Als Schauspieler steht Robert seinen Mann, als Regisseur verliert er. Volle Sein und Hubert v. Meyerink stellen noch eindrucksvolle und lustige Typen auf die Beine. Die übrigen Hauptrollen sind sehr besetzt. Roma Bahn als Frau Wasse läßt das Weibchen der Bürgerfrau völlig vermissen. Eine fast ekstatische, innerlich lodernde Luste Wasse liegt nicht im Sinne des Stückes, ganz abgesehen davon, daß ihre Darstellung gewollt und gezwungen wirkt. Robert Grünbaum spielt einen für Berliner Verhältnisse unmöglichen Friseur Wandlstrom. Dieser lässliche Schauspieler dürfte kaum einer künftigen Rolle in einer Herrschaftsidee genügen. Bleibt also nur Ralph Arthur Robert, der nun allerdings dem Spießer alle Eigenheiten abgelauscht hat, die diesen Wasse zu einem allge-

meinen Typus erheben. Er ist von einer prachtvollen moßigen Tatkraftigkeit.

Daß Sternheims Werk in seiner Gesamtheit noch nicht von der Zeit überholt ist, daß das Spießertum frisch und fregele weiterlebt, beweisen die Pfiffe, die bei einigen besonders treffenden Stellen der Komödie durchs Parterre des Kurfürstendammtheaters gellen.

Ernst Dagner.

## Sowjetunion und die deutschen Arbeiter.

Eine kommunistische Propagandaexposition.

Am 1. November ist im Karl-Liebknecht-Hause in der Kleinen Alexanderstraße 26 die Ausstellung der kommunistischen Partei: „Zehn Jahre Sowjetunion und die deutschen Arbeiter“ eröffnet worden. Schon der Titel kündet den Zweck und das Ziel dieser Ausstellung an: der deutsche Arbeiter soll von den Herrlichkeiten des jetzt zehnjährigen Sowjetparadieses so aufzuklammert werden, daß er spontan reichlich in das kommunistische Lager hinüberläuft. Es waltet daher bei den Veranstalter dieser Ausstellung von vornherein gar nicht die Absicht vor, in ruhiger, sachlicher Darstellung das Kulturniveau des russischen Arbeiters und Bauern und dessen Steigen oder Sinken unter dem Einfluß der Kriegsnachwirkungen, der Konterrevolutionen und Hungersnöde zu zeichnen. Den eigentlichen Leitern dieser Ausstellung ist es wohl auch zum Bewußtsein gekommen, daß sie kein lebendiges Bild von der aufbauenden Arbeit Sowjetrußlands entworfen haben. Die Klassen den Rücken dieser Ausstellung einschuldigen sie mit ihrer überhöhten lehrmäßigen Arbeit und mit ihren geringen Mitteln. Sie ruhigen darauf verzichten, eine nur irgendwie abgerundete und zusammenhängende Darstellung des zehnjährigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsprozesses des großen russischen Sowjetreiches zu geben. Im wesentlichen ist in dieser Ausstellung alles auf die politische Agitation gestimmt. Liberal freit, ja freit das kommunistische Plakat, und überall lobet verzeheender Haß gegen die deutsche Republik, gegen die Sozialdemokratie und gegen die führenden Köpfe der Gewerkschaftsbewegung. Aufpeitschende Photographien zeigen schwer und unter gesundheitlich-mörderischen Verhältnissen arbeitende Kinder in Deutschland, aber die photographische Platte hat die Banden verwehrtester, völlig entarteter Kinder nicht aufgenommen, die sich in den russischen Städten herumtreiben. Man sieht den prägenden deutschen Schutzmännern, nicht aber den mordenden Tschetisten, man schaut in eine deutsche Zuchtanstalt, nicht aber in die russischen Schreckensgefängnisse des hohen Nordens, in denen zahlreiche politische-revolutionäre Idealkämpfer starben und verdarben oder durch Selbstmord endeten.

Der „Clou“ dieser kommunistischen Propagandaexposition ist die Rede „Die Sozialdemokratie einst und jetzt“ sein. Sie ist von einer erschreckenden Dürftigkeit, und sie bemüht sich erst gar nicht, das eigenartige Wesen der sozialdemokratischen Zeitungs- und Brochürenliteratur treu widerzuspiegeln. Nicht einmal die revolutionärsten Dokumente dieser Partei sind an die Wände dieser „Gedankenspalte“ angebracht. Sie bringt ferner nur wenige Zeitungsblätter von der legalen sozialdemokratischen Presse der ausnahmsgefalligen Zeit, sie würdigt gar nicht die eminente politische Bedeutung dieser Presse, die in größter Umfang die breite Bevölkerungsmasse, die sich nicht in den Geheimbüchern betätigt, politisch bildete und organisierte



# Sittlichkeitsapostel.

Entgleiste Fragesteller im Landtag.

Deutschnationale Volksparteier, Angehörige des Zentrums und der Demokraten haben im Landtag eine kleine Anfrage über ein Flugblatt des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin über Schutz vor Geschlechtskrankheiten gestellt. Es wird gefragt, was das Staatsministerium zu tun gedenkt, um derartige „Entgleisungen“ von Gesundheitsbehörden, die die sittlichen Anschauungen weitest Volkstreffes aufs empfindlichste verletzen müssen, bei der Ausführung des Befehles zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu verhindern, die entgegen dem klaren Willen des Befehles geradezu einen öffentlichen Anreiz zum auferhebelichen Geschlechtsverkehr bilden?

So schwere Vorwürfe sind wohl selten gegen eine Behörde erhoben worden! Verletzung der sittlichen Anschauungen und öffentlicher Anreiz zum auferhebelichen Geschlechtsverkehr durch eine Gesundheitsbehörde. Zunächst muß festgestellt werden, daß das kritisierte Flugblatt einem Ausschuss der Gesundheitsdeputation, in dem sämtliche Parteien vertreten sind, vorgelegen hat und einstimmig gutgeheißen wurde. Die „Entgleisung“ fällt also allen Parteien zur Last oder man müßte feststellen, daß nur die Fragesteller im Landtag entgleist sind! Unhaltbar beginnt das Flugblatt mit den Worten: Bei jedem auferhebelichen Geschlechtsverkehr ist die Gefahr der Ansteckung groß! Dies ist der Anreiz zum auferhebelichen Geschlechtsverkehr! Aber es ist sogar von „öffentlichem Anreiz“ die Rede. Also an welche Kreise ist das Flugblatt gelangt? Das Flugblatt ist ausschließlich den Personen ausgehändigt worden, die bis zum 1. Oktober unter sittenpolizeilicher Kontrolle standen, außerdem zur Kenntnisnahme der Berliner Ärzteschaft. Daß die Prostituierten durch ein Flugblatt zum auferhebelichen Geschlechtsverkehr verführt werden, wird ja niemand behaupten. Also gilt die Sorge der Fragesteller wahrscheinlich den Ärzten. Der Dant der Ärzteschaft ist ihnen gewiß! Weiter spricht das Flugblatt davon, daß durch sofortige Desinfektion die Gefahr vermindert wird und daß in den Rettungswachen Schutzmittel zu haben sind. Wenn dieser Hinweis das sittliche Empfinden weltfremder Menschen verletzt, so ist das bedauerlich! Wenn er aber dazu beiträgt, auch nur eine einzige Infektion zu verhindern, so wird niemand, der es mit dem Schutz der Volksgesundheit ernst meint, ihn missen wollen. Daß Vorbeugung und Schutzmittel die wirksamsten Maßnahmen sind zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, kann kein Mensch leugnen. Wer die Propaganda dieser Maßnahmen verhindern will, der möge sehr sittlich empfinden, aber er verdrängt sich an der Volksgesundheit!

Dr. med. Frankenthal

## Mieterkundgebung.

Wohnung und Miete sind stets in wirtschaftlicher, kultureller und in sozialer Hinsicht Fragen der Allgemeinheit und des einzelnen gewesen. Besonders in unseren Tagen infolge des Wohnungsmangels sind doch in Berlin weit über 200000 Wohnungsuchende angemeldet, über 90000 Wohnungen sind mit zwei und mehr Familien bewohnt, viele Tausende können keinen Hausstand wegen der Raumnot gründen. Dabei gehen die Mieten ständig in die Höhe, welche jetzt schon für die weitesten Kreise unerschwinglich sind, so daß sich die Mietaufhebungsaktionen wegen der Mietrückstände häufen. Infolge des Mangels an ausreichenden Mitteln für Bauzwecke sind ebenfalls die Mieten der Neubaugewinnungen für die Wohnungsuchenden unerschwinglich, da die Hauszinssteuer zum größten Teil für Staatsausgaben Verwendung findet und von den Mietern aufgebracht wird.

Die Mieterschutze laufen am 31. Dezember 1927 ab. Dem Reichstag liegen neue Regierungsvorlagen vor, welche den Interessen der Mieter nicht gerecht werden. Der Reichsbund Deutscher Mieter, Verband Berlin, veranstaltet daher am Sonntag, dem 6. November 1927, vorm. 10 Uhr, im Konzerthaus „Elau“ eine große Kundgebung gegen den Abbau der Mieterschutzgesetze, gegen jede Mieterhöhung, gegen den wucherischen Hausbesitz, für den Ausbau des Mieterschutzes, für ein soziales Miet- und Wohnrecht. Als Referenten werden die Herren Dzienl und Dr. jur. Goepfel sprechen.

## Überschreitung der Bannmeile.

In Nr. 484 unseres Blattes vom 13. Oktober 1927 hatten wir unter der Überschrift „Überschreitung der Bannmeile“ über ein Urteil des Kammergerichts berichtet, das die Frage behandelt, was als Umfang innerhalb der Bannmeile gilt. Dazu wird von der amtlichen Pressestelle der Preussischen Justizverwaltung im Kammergerichtsbezirk Berlin folgendes geschrieben:

Die Veröffentlichung des „Vorwärts“ gibt bei Besprechung der Urteilsgründe des Kammergerichts den Sachverhalt in einer Form wieder, die leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte. So führt der Artikel aus, daß die 25 Bismarckbündler im Müllerschnitt und in Dreierreihen innerhalb der Bannmeile marschiert seien. Dadurch wird der Eindruck erweckt, als sei diese Feststellung in den Vorinstanzen getroffen und als ginge das Kammergericht von diesem Sachverhalt aus. Dies ist nicht der Fall. Die Vorinstanzen hatten im Gegenteil als nicht erwiesen festgestellt, daß die jungen Leute in geschlossenem Zuge geordnet und im gleichen Schritt und Tritt marschiert seien, und ihre Behauptung, daß sie in ungeordneten Haufen ohne Gleichschritt ihren Weg genommen, als nicht widerlegt angesehen. Da die Entscheidung der Tatfrage der Rechtsprechung des Revisionsergichts entzogen ist, so konnte das Kammergericht nur die Tatfrage eines ungeordneten Umzuges seiner Entscheidung zugrunde legen und hat hierbei an seiner ständigen Rechtsprechung festgehalten, daß bei ungeordnet gehenden Menschenmengen ein Umzug nur dann vorliegt, wenn die Menschenmenge geschlossen ist, die öffentliche Ordnung, insbesondere den Verkehr zu gefährden. Da letzteres Erfordernis von der Instanz nicht festgestellt war, so mußte die Aufhebung des Urteils des Landgerichts erfolgen.

## Die stärkste Hochspannungsleitung der Welt.

Vor kurzem ist der deutschen Ingenieurkunst ein Werk gelungen, wie es einzig in der Welt dasteht und aller Wahrscheinlichkeit nach noch eine ganze Zeit bleiben wird. Es ist soeben die Hochspannungsleitung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes in Betrieb genommen worden, die in Köln-Knappfeld beginnt und über Koblenz, Mannheim und Stuttgart nach Barariberg führt. Diese Hochspannungsleitung hat eine Spannung von 380 000 Volt und ist somit die stärkste der Welt.

# Metallarbeiter und Lohnstarif.

Eine Antwort aus den Betrieben.

Von einem Betriebsrat im Siemens-Konzern wird uns geschrieben: Es ist immer so: Wenn man etwas verloren hat, erkennt man erst seinen Wert und möchte es gern wiederhaben. Die Frage, ob in der Berliner Metallindustrie ein Lohnstarif abgeschlossen werden soll oder nicht, wird unter den Arbeitern in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller schon seit Jahren diskutiert, besonders seit dem 13. Oktober d. J., wo die Funktionäre es abgelehnt haben, den Schlichtungsausschuss anzurufen. Der Tarifvertragsgedanke ist also nicht etwa in den Hintergrund, sondern noch mehr in den Vordergrund getreten. Daran ändern auch die Schreibereien der „Roten Fahne“ nichts, die zwar jeden Tag über das Schlichtungswesen schimpfen (trotzdem die von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaften es selbst sehr häufig in Anspruch nehmen), einen gangbaren Ausweg aus der Sackgasse aber nicht zeigen kann. Mit der „Roten Fahne“ zu diskutieren, ob wir einen Schlichter brauchen, ob Lohnstarif geschaffen werden sollen, wie überhaupt die Existenzbedingungen der Arbeiterschaft verbessert werden können, ist vollkommen zwecklos.

Das eine steht fest, wir leben heute nicht mehr in den Verhältnissen der Vorkriegszeit. Der Gedanke des kollektiven Arbeitsvertrages gewinnt immer mehr Boden. Ob es klug war im Jahre 1924, die

### Neuschaffung eines Lohnstarifes

abzulehnen, soll heute hier nicht erörtert werden. Das eine steht fest, daß die Steigerung der Aktivität, die die „Rote Fahne“ im Verein mit den „revolutionären Unorganisierten“ durch den Wegfall des Lohnstarifes erwartet, nicht eingetreten ist. Dagegen ist die Entlohnung der Berliner Metallarbeiter durch die Bill für den BMD, so durcheinandergeschoben worden, daß heute die größte Vermirrung herrscht. Die Unternehmer spielen eine Arbeitergruppe gegen die andere aus und die Löhne sind mittlerweile so verschiedenartig geworden, daß eine Differenz von 100 und mehr Prozent besteht. Es ist heute keine Seltenheit, daß gelernter Arbeiter weniger verdienen als der Tariflohn der Hilfsarbeiter ausmacht. Ich behaupte, daß eine derartige Anarchie in der Entlohnung bei Bestehen eines Lohnstarifes einfach nicht möglich wäre.

So wie bisher kann es unmöglich weitergehen. Im Laufe der Zeit ist es üblich geworden, daß einzelne Gruppen oder Betriebe Lohnforderungen aufstellen und dann einfach der Betriebsrat von ihnen beauftragt wurde, diese Forderungen beim Unternehmer vorzubringen und durchzusetzen. Ganz abgesehen davon, daß

### die Betriebsvertretung nicht dazu da

ist, die Gewerkschaften zu ersetzen und gewissermaßen die Stelle einer Tarifvertragspartei einzunehmen, gestaltet sich ein solches Vorgehen von Forderungen meist als Bittgang. Besonders dann, wenn keine gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hinter den Forderungen und der Betriebsvertretung steht, wie es leider vielfach, zumal in den Großbetrieben, zutrifft. Die Betriebsräte der Gewerbebetriebe können in dieser Hinsicht etwas erzählen. Manche Arbeiter glauben dennoch, daß die Betriebsräte ihre Lohnforderungen vertreten könnten und die Gewerkschaft für sie überflüssig sei. Die Unternehmer selbst zerstören diese Illusion, was an sich nichts Schaden und nur aufstrebend auf die Arbeiter wirken kann. Es ist so und bleibt dabei: ohne starke Gewerkschaften ist nicht daran zu

denken, die Lage der Arbeiterschaft so zu heben, wie es nötig ist. Die Betriebsräte können und dürfen nur dazu da sein, kollektive Abmachungen zu überwachen.

Wie stellen wir uns zu Betriebs- oder Hausstarifen? Solche Werkstarife bilden, abgesehen von ganz besonderen Ausnahmefällen, eine Gefahr. Glaubt denn jemand, daß ein Unternehmen Zugeständnisse machen wird, die über den von den Arbeitgeberorganisationen gezogenen Rahmen hinausgehen? Da kennt man den Verband der Berliner Metallindustrieller schlecht. Es wird sich auch kein Schlichtungsausschuss finden, der für den einen oder anderen Betrieb einen für die Arbeiter annehmbaren Schiedspruch fällen wird. Sonst würde die Unternehmerfront durcheinandergelüftet werden. Das wird jedoch nicht eintreten. Daß nur einzelne Betriebe vorgehen sollen, d. h. nicht nur Forderungen stellen, sondern sie auch mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchsetzen sollen, erscheint mir ebenfalls nicht als das Gegebene. Es bleibt also nur übrig, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. (Nicht wahr, ihr lieben Freunde von der SPD., ihr seid doch derselben Auffassung?) Ueber das „Wie“ werden wir allerdings wohl geteilter Auffassung sein. Ich vertrete den Standpunkt, daß versucht werden soll, einen Lohnstarif für alle zu schaffen. Wir müssen endlich einmal

### eine einheitliche Lohnbasis

zustande bringen. Wenn dabei den Spitzenverdienern nicht ganz Rechnung getragen werden kann, so müßte das im Interesse der anderen Kollegen zunächst einmal mit in Kauf genommen werden. Wozu sind wir denn organisiert? Das Interesse des einzelnen muß dem der Allgemeinheit untergeordnet werden. Das ist sozialistische Einstellung.

Die Zugeständnisse der Unternehmer werden sich stets nach der Stärke oder Schwäche der Organisation der Arbeiterschaft richten, und so ist es auch im Schlichtungswesen. Einer stark organisierten Arbeiterschaft wird man keinen schlechten Schiedspruch zumuten. Dabei ist ja aber noch lange nicht gesagt, ob wir einen Spruch, der allzu schlecht ausfällt, auch annehmen müssen. Da wird man mir einwenden, daß er für verbindlich erklärt werden könnte. So ohne weiteres dürfte eine Verbindlichkeitserklärung oder nicht ausgesprochen werden, wenn sich eine Partei mit aller Macht dagegen sträubt. Wie dem aber auch sei, ein Schiedspruch kann nur Mindestlohn oder Akkordbasis vorsehen, und es bleibt jeder Arbeiterschaft unbenommen, die Verdienste darüber hinaus so zu gestalten, wie es in ihrer Macht liegt. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir für

### den Kampf um einen günstigen Lohnstarif

für die Gesamtarbeiterschaft auch den nötigen Resonanzboden bei unseren Kollegen finden. Wir sollten uns an den Hilfsarbeitern oder den Kollegen in anderen Industrien ein Beispiel nehmen. Die Metallarbeiter hat in früheren Zeiten stets den Mut ausgebracht, sobald die Voraussetzungen gegeben waren, zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen auch das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden.

Reinen Kollegen in der Metallindustrie rufe ich daher zu: Reicht euch endlich ein in die Gewerkschaften, dann werden wir unsere Lage auch verbessern können. Einer für alle, alle für einen!

## Die Verhandlungen bei der Reichsbahn.

Die Ortszulagen für Königsberg, Halle und Rottbus.

Am Montag und Dienstag fanden zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn und den vertragschließenden Eisenbahnergewerkschaften Verhandlungen statt über die Erhöhung der Ortslohnzulagen der Reichsbahnarbeiter. Bekanntlich hatte die Hauptverwaltung der Reichsbahn eine allgemeine Lohnerhöhung abgelehnt und nur sich auf eine Nachprüfung der Ortslohnzulagen eingelassen. Für die Hauptverwaltung der Reichsbahn besteht die Meinung nicht, wenigstens dann nicht, wenn die Löhne der Eisenbahner in Betracht gezogen werden sollen.

Demgemäß gestalteten sich auch die Verhandlungen über die Erhöhung der Ortslohnzulagen äußerst schwierig. Das Ergebnis der zweitägigen Verhandlungen ist nur ein Angebot der Hauptverwaltung, dem die Gewerkschaftsvertreter jedoch nicht zustimmen konnten, weil dieses Angebot als ungenügend erachtet wird. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft will als äußerstes Angebot für Königsberg und Rottbus eine Ortslohnzulage von 5 Proz. einführen und die Ortslohnzulage von Halle von 7 auf 12 Proz. erhöhen. Praktisch bedeutet das eine durchschnittliche Lohnzulage von ganzen 3 Pf. pro Stunde. Die Verhandlungen sollen nächste Woche fortgesetzt werden. Bei der Haltung der Hauptverwaltung der Reichsbahn besteht jedoch nur geringe Aussicht, daß es zu einer Verständigung mit den vertragschließenden Gewerkschaften kommt.

## Der Kampf in der Zigarrenindustrie.

Die Antwort der Sortierer und Packer in Westfalen

Herford, 2. November. (Eigenbericht.)

Die Aussperrung der Zigarrenarbeiter ist von den Sortierern und Packern in Westfalen und Lippe mit sofortiger Arbeits-einstellung beantwortet worden. Etwa 1500 Sortierer und Packer stehen in den Kreisen Minden, Lübbecke, Herford und in Lippe im Kampf. Wutschnaubend laufen die Zigarrenfabrikanten durch die leeren Fabrihallen. Den Arbeitern droht man mit Klage auf Schadenersatz!

So sind die Zigarrenfabrikanten! Erst werfen sie Zehntausende von Arbeitern brutal aufs Straßensperr, wenn sich die Arbeiter aber wehren, schreiben sie nach dem Kadi. Die öffentliche Meinung der gesamten Bevölkerung steht auf Seite der Tabakarbeiter. Der grenzenlose Hochmut vieler Zigarrenfabrikanten hat einen verben

Stoß erhalten. Trotzdem sie die Arbeiter zum 12. November gestündigt haben, betteln sie die Ausständigen an, doch die vierzehn Tage zu arbeiten. Drohungen und Verprechungen sind nutzlos. Die Tabakarbeiterchaft hält durch.

## Verbindlichkeitserklärung gegen Achtstundentag.

Arbeitszeitstriedspruch für die Metallindustrie.

Halle, 1. November.

Der vom Schlichtungsausschuss Halle kürzlich gefällte, von den Arbeitnehmern abgelehnte, von den Arbeitgebern angenommene Arbeitszeitstriedspruch für die Metallindustrie der Tarifgebiete Halle, Magdeburg, Anhalt ist von dem Vandeschlichter in Magdeburg für verbindlich erklärt worden mit der Maßgabe, daß für die ersten drei über die 48stündige Normalarbeitszeit hinausgehenden Stunden ein Entschädigung von 15 Proz. statt bisher 10 Proz. gezahlt wird.

Bei dem um 5 Proz. erhöhten Überstundenzuschlag liegt für die Unternehmer keine besondere Veranlassung zum Verzicht auf Überstunden vor, während für die Arbeiter bei dem Überstundenzuschlag von 15 Proz. nicht einmal der Wehrerbrauch an Nahrungsmitteln herauskommt, der sich bei elfstündiger gegen die achtstündige Arbeitszeit notwendig macht.

## Der Eisenbahnkonflikt in der Tschechoslowakei.

Ein Gewerkschaftsblatt beschlagnahm.

Prag, 1. November.

Das Gewerkschaftsorgan der Eisenbahner ist auf Grund des Befehles zum Schutze der Republik wegen Beröffentlichung der Beschlüsse der Organisation über das weitere Vorgehen der Eisenbahner beschlagnahm worden. Die Blätter betonen, daß die Tageszeitungen allgemein auf die Gefahr der Beschlagnahme aufmerksam gemacht worden seien, falls sie die Entschliebung der Exekutive über die Art des Abwehrkampfes der Eisenbahner abdruckten. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Prava lidu“ und andere sozialistische Blätter weisen auf die ernste Lage hin, welche durch die Verschärfung des Konfliktes bei den tschechoslowakischen Staatsbahnen entstanden ist.

## Streik im Fürther Exportgroßhandel.

Wie der Nordbayerische Arbeitgeberverband mitteilt, sind Dienstag früh die Arbeiter im Fürther Exportgroßhandel in den Streik getreten.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Alttagelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. G. Böcker; Schulen und Sonstiges: Fritz Rothardt; Anzeigen: Ed. Gleditsch; förmlich in Berlin. Verlag: Formärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

**TRAURINGE**  
1 Ring Dukatengold (900 gest.) zum Reklamepreis von Mk. 18,-  
Gediegen und modern Mk. 22,-  
Schwere Ausführung Mk. 25,-  
1 Ring (585 gest.) Mk. 12,-  
Gediegen und modern Mk. 15,-  
Schwere Ausführung Mk. 18,-  
Skarat. Ringe v. Mk. 4,- bis 1,- p. Stück.  
Gravierlen gratis zum Mitnehmen.  
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30  
W. Passauer Str. 12  
Ständig ca. 3000 tüchtigen Trauringe am Lager.

**Metallbetten**  
Stahlschrauben, Kinderbetten fertig u. in Kat. 659 r. Eisenmöbel-Fabrik Zill, Thür.  
**Holzhäuser**  
Hergestellt seit 25 Jahren  
Dickmann A. G., W 57  
Wochenendhäuser - Freispiele gratis!  
Wald- u. Wasserparksolen - Nachweise.

**Herrenkleider-Fabrik**  
gibt bis auf weiteres Anzüge, Ueber, Paletots zu Fabrikpreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.  
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, I Tr.

**Komplettgerichtet-Radio-Anlagen**  
2-5 Röhren Apparate mit Lautsprecher 10-20 WATT  
NUR 3 Mk.  
wächstl. Feil!  
Sprechapparate von 1.50 M. wöchentlich  
**SHERLOCK-GESELLSCHAFT m. b. H., BERLIN**  
Hakenhofer Markt 2-6 L, Telefon Nord 4791-93

**Zum Kampf gegen das Reichsschulgesetz**  
empfehlen wir  
Oskar Goss  
Kirchenschule oder Volksschule  
Rottomien 1 Hof  
Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes  
Rottomien 2 Hof  
zu bestellen durch:  
K. G. B. Buchhandlung G. m. b. H. Lindenstr. 9 und allen Buchhandlungen des „Vorwärts“.

**Schaufenster-Tapete!**  
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.  
**Sächsische Tapeten-Industrie,**  
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.  
**Korbmöbel! Sonderangebot!**  
An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in großer Auswahl und billig bei  
**Wilhelm Schulze**  
Homburgerstr. 12, Hof part.  
Nähe Hackescher Markt  
Zahlungserleichterung  
Telephon: Alexander 4112